

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

**Bezugs-Bedingungen:**  
Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post  
monatlich . . . Kz 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzzährig . . . 192.—  
Rückstellung  
von Manuskripten erfolgt  
nur bei Einsendung der  
Retourkarten.  
Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

Sozialdemokrat, Druck  
Böhmische Nr. 57544.  
Inserate werden laut Tarif  
billig berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Dreissachlag.

2. Jahrgang.

Samstag, 14. Oktober 1922.

Nr. 242.

## Die Kontrolle über Österreich.

Von Friedrich Austerlitz, Wien.

In Genf ist Österreich „gerettet“ und als freier, selbständiger Staat erwirgt worden. Denn wenn die Vereinbarungen, die da zwischen der österreichischen und den Regierungen der vier Mächte abgeschlossen wurden, Geltung erhalten, so hört die Republik Österreich auf, ein eigenberechtigtes und unabhängiges Staatswesen zu sein. Anstatt der Republik, in der alle Gewalt vom Volke ausgeht, wird Österreich ein Staat, in dem der Wille eines wildfremden Generalkommissärs souverän schaltet und walzet.

Denn die vier Mächte, die die Garantie für die Staatsobertragungen übernehmen, aus denen Österreich sechshundertfünfzig Millionen Goldkronen erlösen soll, haben sich nicht begnügt, die finanzielle Kontrolle auf die Objekte zu legen, die die Pfänder für die Anleihe zu sein haben, sondern sie stellen Österreich unter eine regelrechte Kuratel. Gegen die Kontrolle der Pfänder, und wäre sie noch so streng und umfassend, wäre natürlich nichts einzuwenden. Die vier Mächte garantieren die Anleihe, — allerdings nicht zur Gänze, denn für sechzehn Prozent werden die Garantien noch gesucht — und Österreich verpfändet ihnen dafür die gesamten Ertragsnisse, nämlich die Bruttoeinnahmen aus den Zöllen und aus dem Tabakmonopol; es ist gerechtfertigt, daß die Garantien ein Recht haben sollen, die Verwaltung der Betriebe, deren Ertrag als Pfand gegeben wird, zu beaufsichtigen. Aber damit, obwohl es für ihre Sicherheit völlig ausreichend wäre, begnügen sich die garantierenden Mächte bei Leibe nicht, vielmehr unterwerfen sie die gesamte Verwaltung der Republik ihrer Aufsicht; mehr als ihrer Aufsicht, sie unterstellen sie ihrem Diktat. Die österreichische Regierung wird danach verpflichtet, „unter Mitarbeit eines Generalkommissärs“, den der Völkerbund bestimmen wird, „ein Reform- und Sanierungsprogramm auszuarbeiten, das stufenweise durchgeführt wird und Österreich in den Stand setzen soll, binnen zwei Jahren das dauernde Gleichgewicht seines Budgets herzustellen“. Der Generalkommissär wird dieses „Reform- und Sanierungsprogramm“ nicht bloß bestimmen, er wird auch seine Durchführung „überwachen“. Diese „Überwachung der Durchführung“ wird in der Weise geschehen, daß über die Anleihe ausschließlich der Generalkommissär verfügen und daß er der österreichischen Regierung nur dann aus der Anleihe Mittel zur Verfügung stellen wird, wenn „die schrittweise Durchführung des Reformprogramms sichergestellt ist“. Man hat sich das etwa so vorzustellen, daß der Generalkommissär anschaffen wird, diesen Monat müssen die Einnahmen um so und soviel Milliarden erhöht, die Ausgaben um so und soviel Milliarden vermindert werden, und daß er der österreichischen Regierung Geld nur dann geben wird, wenn ihm nachgewiesen wird, daß sein Befehl pünktlich und genau ausgeführt worden ist. Also muß, ob sie möglich und ausführbar sind oder nicht, die österreichische Regierung die Befehle des Generalkommissärs blindlings befolgen. Denn alle anderen Mittel, sich, wenn die Einnahmen nicht ausreichen, die Ausgaben zu beschränken, Geldmittel zu beschaffen, sind ihr versperrt: sie darf weder Papiergeld drucken („begibt sich jeglichen Rechtes zur Ausgabe von Papiergeld“), noch irgend eine Anleihe aufnehmen; Österreich wird der Willkür des Generalkommissärs restlos ausgeliefert. Aber es verbleibt doch als ein Mittel des Widerstandes gegen unfinnige und unmögliche Forderungen des Generalkommissärs das Parlament? Also wird das Parlament einfach beseitigt! Die österreichische Regierung erhielt nämlich den Auftrag, im österreichischen Nationalrat ein Gesetz beschließen zu lassen, wonach sie für zwei Jahre bevollmächtigt wird, „ohne neuerlich an das Parlament heranzutreten zu müssen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die nach ihrer Meinung notwendig sind, um bis zum Ende dieser zwei Jahre das budgetäre

## Vor dem Kampfe in der Porzellanindustrie.

Karlsbad, 13. Oktober. (Eigenbericht.) Nach der Vertragskündigung durch die Porzellanindustriellen wurden am 28. September in Karlsbad Verhandlungen geführt, die aber ergebnislos blieben, da die Unternehmer auf der Durchführung einer 35prozentigen Lohnherabsetzung und anderen Vertragverschlechterungen bestanden. Andere Verhandlungen am 5. Oktober führten vorbehaltlich der Genehmigung der Obmännertskonferenz und des Verbandsvorstandes der Porzellanarbeiter zu einer Vereinbarung, die ab 16. Oktober eine 10-, 15- und 20prozentige Lohnherabsetzung, am 13. November eine weitere Reduzierung von 10 Prozent vorsieht. Die am 8. Oktober in Alroslan, Turn und Weißbach für die westböhmisches, nordwestböhmisches und nordböhmisches Gebiete abgehaltenen Obmännertskonferenzen kamen zu den Beschlüssen, die Lohnherabsetzungen ab 16. Oktober anzunehmen und den weiteren Lohnabbau ab 13. November jedoch abzulehnen. Daraufhin schlugen die Verbandsvorstände der Porzellanarbeiter den Unternehmern vor, nicht eine allgemeine Lohnherabsetzung durchzuführen, sondern bei einer Gruppe eine 5prozentige, bei den besser bezahlten Arbeitern eine 7 1/2prozentige und bei den niedrig entlohnten Arbeitern keinen weiteren Lohnabschlag vorzunehmen. Auf diesen Vorschlag gingen die Unternehmer nicht ein, sondern sie erklärten, daß sie die Verhandlungen als gescheitert ansehen. Sie haben gleichzeitig die Hilfsaktion für die Arbeitslosenunterstützung, die den Arbeitern 20 Prozent mehr als die staatliche Unterstützung bietet, gekündigt, sodas die Porzellanarbeiter nunmehr die staatliche Unterstützung bekommen werden. Es ist anzunehmen, daß es in der Porzellanindustrie zum Kampfe kommen wird.

### Keine Einigung in Jauernau.

Karlsbad, 13. Oktober (Eigenbericht). Heute vormittag fanden in Jauernau weitere Verhandlungen zwischen den Bergbauunternehmern und den Vertretern der Bergarbeiter statt, die aber zu keiner Einigung führten. Die Vertreter der Bergarbeiter erklärten sich mit einem Lohnabbau nur insoweit einverstanden, als ein Preisabbau durch die Paritätskommission festgestellt wird, so wie es die Prager Vereinbarung vom 10. Februar festgelegt hat. Der Verlängerung der Arbeitszeit für die Oberlagsarbeiter konnte ebenfalls nicht zugestimmt werden, weil diese Forderung direkt gegen das Gesetz verstößt. Die Unternehmer erklärten, daß die Prager Vereinbarung nicht mehr bestehe, also auch keine Paritätskommission. Aber nach ihren Erhebungen über die Lebensmittelpreise ist ein 30prozentiger Lohnabbau begründet, den sie nun durchführen wollen. Der Erlaß wegen der sechsständigen Arbeitszeit bestehe nicht mehr, deshalb sei das Verlangen der Unternehmer berechtigt. Die vorgeschlagene Arbeitszeit für die Oberlagsarbeiter entspreche vollständig dem Gesetz. Da nun die Vertreter der Bergarbeiter diese Vorschläge nicht annahmen, so besteht ab Montag, den 16., für dieses Gebiet auch der vertraglose Zustand und es werden daher ab Montag die neuen Bedingungen sowie die übrigen Regelsöhne und die Arbeitszeit kundgemacht.

### Ein trecher Raubzug.

Tannwald, 13. Oktober. Heute Vormittag wurde den Arbeitern der großen Spinnereien und zwar der Tannwalder Spinnfabrik, der Textilwerke Rauthner, sowie den Betrieben Riebsch, Erben und Liebig u. Co. diktorisch mitgeteilt, daß die Unternehmungen einen Abstrich der Feuerungs- und Lage und zwar in der Höhe von 65 Prozent vornehmen. Da die Betriebe ehrethin nur drei Tage arbeiten, bedeutet dieses provokatorisch aufreizende Vorgehen der Textilherren die tatsächliche Preisgabe Tausender von Arbeitern. Die Arbeiter demonstrieren nach Arbeitschluss auf dem Spielplatz in Schumburg a. D. Genosse Kunz legte kurz den Sachverhalt dar und erklärte, daß die drei Gewerkschaftsverbände den aufgezungenen Kampf aufnehmen und durchzuführen werden. Die Arbeiter werden zu Beginn der nächsten Woche über den Gang bzw. das Ergebnis der Verhandlungen unterrichtet werden.

### Textilarbeiterstreik in Liebauthal.

Karlsbad, 13. Okt. (Eigenbericht). Die Arbeiterkassette der Textilfirma Stroß in Liebauthal, die seit einiger Zeit nur drei Tage in der Woche arbeitet, hat mit großer Majorität beschlossen, in den Ausstand zu treten, weil die Firma auf einem 20prozentigen Lohnabbau besteht und alle Vorschläge der Arbeiter abgelehnt hat. Von dem Ausstand sind einigehundert Arbeiter betroffen.

Gleichgewicht wieder herzustellen“. Damit wird dem Parlament das Rückgrat gebrochen, denn ein Parlament, dem kein Einfluß auf die Geldgabarung des Staates zusteht, dem das wichtigste parlamentarische Recht, das Budgetrecht genommen ist, ist natürlich kein Parlament. Und da mit dem Budget des Staates zum Schluß jede Sache zusammenhängt, weil doch jede Einrichtung des Staates auch Kosten macht, so wird das Parlament damit in aller Form erschlagen, sein Gesetzgebungsbrecht auch in politischen und sozialen Fragen ausgelöscht. Man kann also wohl sagen: etwas ähnliches wie diese „Kontrolle“ ist einer europäischen Nation noch nie zugemutet worden. Dagegen sind etwa die „Kontrollen“, die ehemals die Türkei zu erleiden hatte, ein Kinderpiel, denn dort blieb jede Kontrolle auf bestimmte Verwaltungsobjekte beschränkt. Aber daß man einen europäischen Staat dem unbeschränkten Diktat eines fremden Generalkommissärs unterworfen hat, diese Infamie blieb dem famosen Völkerbunde vorbehalten. Daß er sich gebärdet, als würde er Österreich unermessliche Wohlthaten erweisen, ist nur ein Beweis, daß die politische Vergewaltigung des Dekmaniels der politischen Deuselei nicht entronnen kann. Die Infamie ist umso größer, als die vier Mächte, die sich mit dem Lorbeer schmücken, Mitteleuropa gerettet zu haben, für dieses Österreich auch nicht einen Heller, nicht ein-

mal einen Papierheller herzugeben brauchen. Sicherlich würde Österreich auf dem internationalen Geldmarkt ohne Garantie keine Anleihe aufbringen, wonach die Garantie der vier Mächte das Mittel ist, um die österreichischen Staatsobertragungen auf dem Geldmarkt zu begeben. Aber die Mächte haben sich nicht etwa verpflichtet, die Anleihe selbst beizustellen, wenn das Privatkapital etwa versagen sollte; fällt ihnen nicht im Traum ein. Aber sie müssen sich ob ihrer „Garantie“ auch keine Sorge machen, denn die eigentliche Garantie stellt Österreich selbst, und stellt sie ausreichend bei. Die verpfändeten Einnahmen sind natürlich vollkommen ausreichend, um Verzinsung und Amortisierung der Anleihe sicherzustellen; aber „wenn es der Generalkommissär für notwendig erachten würde, hat Österreich noch andere Pfänder zu widmen“. Also kann schließlich für die paar hundert lumpigen Millionen Goldkronen ganz Österreich in Pfand genommen werden: die Garantie wird also nie lebendig werden. Die Herren Garantanten meinen auch nicht, daß sie jemals in Anspruch genommen werden dürfe; „wenn Gefahr drohen sollte“, wie es in dem Protokoll so charakteristisch heißt, „daß die Garantie in Wirksamkeit treten müßte“, wird das Kontrollkomitee, das man neben dem Generalkommissär noch einsetzt, berechtigt, „die Ueberweisung anderer Einnahmsquellen in solchem Ausmaße zu fordern, daß die Deckung der Annuitäten erreicht

werde“. Es ist also nach der Sachlage eine rein theoretische Garantie und wird von den Garantanten auch nur als solche betrachtet. Und aus dieser platonischen Garantie nehmen sich die vier Mächte das Recht heraus, Österreich seiner staatlichen Selbständigkeit zu berauben! In Wahrheit machen die vier garantierenden Mächte — vergessen wir nicht, es sind: Großbritannien, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei — bei dieser Garantie ein regelrechtes Geschäft. Es ist errechnet worden, daß zur Bedeckung des österreichischen Defizits für zwei Jahre 520 Millionen Goldkronen ausreichen würden. Österreich wird aber berechtigt, soviel Staatsobertragungen auszugeben, um 650 Millionen Goldkronen zu erlösen. Warum? Weil sich die Mächte die Kredite, die sie bisher gegeben haben, insgesamt etwa 139 Millionen Goldkronen, bei der Gelegenheit zurückerzahlen lassen! Dazu kommt noch, daß sie sich mit der Garantie Zeit lassen, wogegen Österreich verpflichtet ist, die Selbstverpflichtung „unverzüglich“ vorzunehmen. Für die Garantie müssen die vier Regierungen natürlich die Ermächtigung ihrer Parlamente einholen; dazu haben sie aber bis Ende dieses Jahres Zeit. Dagegen muß das Gesetz, womit das Parlament in Österreich für zwei Jahre ausgeschaltet wird, ohne Verzug beschloffen werden. Österreich muß sich vor allem den Garantanten gefesselt zu Boden legen.

Aber ärger noch als die Infamie dieser Bedingungen für eine höchst theoretische Garantie ist ihre Dummheit. Die erbärmliche Lage, in der Österreich steht, ist das Ergebnis manigfacher Umstände. Natürlich ist die unselige Struktur dieses Staates, der nicht organisch entstanden ist, seine Lebensformen also den natürlichen Bedingungen nicht in einem allmählichen Wachstum anpassen konnte, die Hauptursache. Mit Verachtung des nationalen Selbstbestimmungsrechtes haben sich die anderen Nachfolgestaaten, die „Sieger“, die alle auf Kosten der Deutschösterreichischen Deute gemacht haben, das Beste weggenommen, und zurückgelassen ist ein Staat, in dem auf die vier Millionen zumeist dörflicher Alpenbewohner die Riesentadt geschnitten ist, die Stadt, die entstanden ist als Zentrum des ganzen habsburgischen Imperiums, nun aber, wo sie ein Drittel der Bevölkerung des ganzen Staates, widernatürlich annimmt, Deutschösterreich, dessen Landwirtschaft die Bevölkerung für kaum vier Monate ernährt, dessen Industrie aller Rohstoffe entbehrt, mit einem erblichen Uebermaß von Beamten, ist also ein Staatswesen, das nur in einem gewaltigen Umbau lebensfähig gemacht werden kann. Daß nun diese Bevölkerung, in das Glend eines kaum lebensfähigen Staates hineingestoßen, die großen Kräfte nicht aufbringt, die notwendig wären, um diesen staatlichen und gesellschaftlichen Umbau durchzuführen, daß sie immer schlaffer und verzagter wird, ist nicht unbegreiflich, wenn es deshalb auch nicht minder tadelnswert bleibt. Dieser notwendige Umbau ist nun am wenigsten durch ein papierernes Reform- und Sanierungsprogramm zu leisten. Auf dem Papier ist es natürlich sehr leicht, das Budget zu sanieren; man braucht da wirklich nur „festzustellen“, daß die Einnahmen zu vermehren, die Ausgaben zu beschränken seien. Aber wir alle wissen, daß wir in Österreich wahnsinnig viele Beamten haben; niemand weiß aber, was mit diesen Beamten (und ihnen ließen sich sehr viele Verufe der Großstadt zufügen, die infolge ihres Uebermaßes parasitär wirken) geschehen soll, wenn sie der Staat entlassen hat. Das Defizit im Staatshaushalt, das heute freilich in viele Billionen geht, ist ja nur eine Folgerscheinung; die Krankheit liegt im Staate selbst, und die ist nur organisch zu heilen. Welche Ueberheit, einen wildfremden Menschen nach Wien zu schicken und ihn mit der Aufgabe zu betrauen, Österreich von Grund aus zu kurieren, der doch nur fähig ist, mechanische Weisungen zu geben? Um aus dem gräßlichen Glend herauszukommen, sind die größten Anstrengungen nötig, ohne schwere Opfer ist die Konsolidierung nicht zu erreichen. Aber zu diesen Opfern wird sich die Bereitschaft nur einstellen, wenn sie die Frucht eigenen Willens sind; die Aufrichtung einer Fremdherrschaft, die das Maß dieser Opfer

diktiert, löst aber die Ueberzeugung aus, daß diese Opfer notwendig sind, und ertötet damit bei allen Klassen die Bereitwilligkeit, diese Opfer auf sich zu nehmen. Ein Generalkommissar, irgend ein Herr aus Holland kommt nach Wien, fragt niemanden, diktiert vielmehr, daß zwei Billionen neue Steuern einzubringen sind. Wie kann man erwarten, daß sich die Bereitschaft zu diesen schweren Opfern einstellen soll? Diese erbitternde Kontrolle vermeint, daß sie die Konsolidierung Oesterreichs verbürge. In Wahrheit würde sie sie vereiteln, geradezu unmöglich machen! Die Rettung Oesterreichs damit anzufangen, daß man dem Parlament der Republik den Strik um den Hals legt, ist gerade in Hinsicht des Gelingens des Werkes das Dummste, was die Garanten in der Ueberschätzung ihrer Wohltaten tun konnten.

Deshalb wird es in den Staaten, die diese Garantie zu erteilen haben, die Aufgabe der Sozialdemokraten sein, gegen die ebenso schände, wie vernunftlose Vergewaltigung, die da an dem armen und wehrlosen Oesterreich verübt wird, mit Nachdruck und Leidenschaft zu protestieren. Natürlich nicht der Garantie, wohl aber der insamen Ausübung der Garantie durch die garantierenden Mächte, ist der stärkste Einspruch der Sozialdemokraten entgegenzusetzen. Die internationale Arbeiterschaft kann viel tun, daß Oesterreich die Garantie geboten, diese so gestaltete, nichtswürdige und entwürdigende Kontrolle, die vor allem das Proletariat in Oesterreich trifft, aber erspart wird.

### Inland.

#### Der österreichische Anrechnungsvertrag und unsere Deutschnationalen.

Die Republik Oesterreich soll zum Galgensträfling gemacht werden. Unter dem Vorwande, dem unglücklichen Staate Rettung zu bringen, hat die Regierung Seipel in Genf Vereinbarungen mit dem Völkerbund getroffen, die eine völlige Erwürgung der Selbstständigkeit Oesterreichs bedeuten. Nach diesem Vertrag muß sich Oesterreich verpflichten, alles zu unterlassen, was auf einen Anschluss an Deutschland abzielt und — was das Entscheidende ist — sein Parlament muß sich für die nächsten zwei Jahre in allen Finanz- und budgetären Fragen selbst ausschalten und der Regierung eine Generalvollmacht darüber zu erteilen. Vom Völkerbund wird ein Generalkommissar als Finanzkontrollor eingesetzt, was soviel bedeutet, als daß Oesterreich unter die Vormundschaft der Ententestaaten gestellt wird, daß Fremde über das österreichische Budget gebieten sollen und die Souveränität Oesterreichs erdroffelt wird. Selbst fränkliche Zeitungen des Auslandes, wie die „Frankfurter Zeitung“, finden gegenüber dieser Knechtung Oesterreichs, welche die Siegerstaaten unter Führung der klerikalen Regierung Seipel vollziehen, Worte des Abscheues und der Entrüstung und sie erbliden darin ein böses Symptom für die Zukunft, die auch Deutschlands harre.

Was aber tun die Deutschnationalen bei uns und in Oesterreich, welche sonst gerne als die grimmigsten Belämpfer der Gewaltfriedensverträge gelten möchten, aus denen auch dieser Vertrag fließt? Die deutschnationale Presse aller Schattierungen hüllt sich in — völliges Schweigen. Noch kein einziger der Schriftleiterblätter hat bisher über den Schandvertrag die geringste Entrüstung ausgedrückt, die meisten von ihnen haben über ihn noch nicht einmal ein einziges eigenes Wort ausgedrückt und sich vorsichtig nur darauf beschränkt, die Tatsache trocken zu vermerken. Die österreichischen Kollegen unserer Deutschnationalen, die Großdeutschen, haben sich sogar für den Anrechnungsvertrag ausgesprochen, haben Herrn Seipel für seine Bemühungen Dank gesagt und im Ausschuss für Aeußeres die Vereinbarung mit Venußgung zur Kenntnis genommen.

Dieses schmachvolle Verhalten der Deutschnationalen zwingt zu einem Vergleich mit ihrem Verhalten bei der Beschlußfassung über den Vertrag von Lana, durch welchen die Tschechoslowakische Republik dem österreichischen Staate einen Kredit von 500 Millionen tschechischer Kronen gewährte. Damals waren die österreichischen Großdeutschen gegen diesen Vertrag, aber auch unsere Deutschnationalen und Deutschgelben nahmen gegen ihn Stellung und haben gegen ihn gestimmt. Das taten sie, weil sie, wie Dr. Lodgman im Abgeordnetenhaus ausführte, befürchteten, daß Oesterreich durch den Lanaer Vertrag in die Abhängigkeit der Tschechoslowakei geraten würde. Dabei handelte es sich damals um nichts, als um die platonische Verpflichtung Oesterreichs, „alle Bestimmungen des Vertrages von St. Germain zur Durchführung zu bringen.“ Da schon durch den St. Germainer Friedensvertrag selbst Oesterreich dieselbe Verpflichtung auferlegt ist, so war ihre Wiederholung im Lanaer Abkommen gewiß nicht so aufregend, daß die Deutsch-

## Prager Protestversammlung der tschechischen und deutschen Gewerkschaften.

Prag, 13. Oktober. Heute um sechs Uhr abends fand im großen Saale des „Libový Dum“ eine von der tschechischen Gewerkschaftszentrale einberufene Protestversammlung über die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit statt. Den Vorsitz der Versammlung führten Jakubla, Němecel und Šaus. Als erster Referent sprach Abg. Genosse Tanevle, welcher die Gründe der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit darlegte und auseinander setzte, daß von der Regierung bis jetzt nichts geschehen sei, um der Arbeitslosigkeit abzuwehren. Die Forderungen der drei Gewerkschaftsverbände sind von der Regierung bis jetzt nicht beachtet worden. Die heutige Zeit erfordere nicht Worte, sondern Taten. Deshalb müsse in der heutigen Parlamentssession mit allem Nachdruck darauf gedrängt werden, daß die wichtigsten Forderungen der Arbeiterschaft, die die Krise bannen könnten, endlich durchgeführt werden.

Nach ihm sprach Genosse Santucek für die slowakischen Sozialdemokraten. Er führte aus, daß in der Slowakei die Betriebe von den Unternehmern absichtlich geschlossen werden, damit die Arbeiterschaft, durch die Arbeitslosigkeit müde geworden, auf die Lohnherabsetzungen eingehe. Als nächster Referent sprach als Vertreter des deutschen Gewerkschaftsbundes in Reichenberg Abg. Genosse Grünzner, der sich den Ausführungen des Genossen Tanevle anschloß. Er erklärte, daß die wahnsinnige Spekulation mit unserer Krone das größte Übel für das Land gebracht habe. Redner sagte dann weiter, daß durch die Zerstör-

arbeit der kommunistischen Ueberrevolutionäre den Gewerkschaftszentralen viel Schaden zugefügt worden sei und daß die Zentralen dadurch in ihrer Schlagkraft teilweise gelähmt wurden. Zum Schluß erklärte der Redner, daß die in der deutschen Gewerkschaftszentrale Reichenberg organisierte deutsche Arbeiterschaft jederzeit ihre Pflicht erfüllen werde und daß sie voll und ganz auf dem Boden der Revolution stehe. Zum Schluß sprachen noch Abg. Laube für die C.O.D. worauf Němecel eine Resolution zur Verlesung brachte, die einstimmig angenommen wurde. Von den Kommunisten meldete sich unter dem einmütigen Eindruck der Versammlung niemand zum Wort. In der Resolution heißt es u. a.:

„Die Versammlung konstatiert mit Erbitterung, daß die Mittel, mit denen die Regierung der wachsenden Arbeitslosigkeit entgegenwirken will, nicht den Kräften entsprechen, die namentlich die Arbeitgeberorganisationen in den Bestrebungen, die Wirtschaftskrise zu mildern, entwickeln. Die Versammlung verurteilt scharfste die Politik der Arbeitgeber, welche Lohnherabsetzungen als ein Mittel gegen die Krise ansehen. Die Versammlung bekräftigt die Aktionen der Gewerkschaftsorganisationen, tritt für die baldige Einberufung des Parlamentes in und protestiert gegen die beabsichtigten Entlassungen in den Stellen der Verwaltungswege und gegen die Herabsetzung der Bezüge der Staatsangestellten.“

nationalen Ursache gehabt hätten, darum gegen die Gewährung der Kredite an Oesterreich zu sein. Aber die Herren Lodgman und Jung spielten lieber die „Unentwegten“ und stimmten gegen den Kredit.

Was nun durch die Genfer Vereinbarung Oesterreich an Bedingungen auferlegt wird, das übersteigt alles Dagewesene und, daran gemessen, war der Vertrag von Lana ein geradezu harmloser zu nennen. Die Genfer Vereinbarung bedeutet nicht nur, daß Oesterreich seine Unabhängigkeit verliert und zum Sklaven der Entente gemacht wird, sie ist auch das Ende des Gedankens des Anschlusses an Deutschland — doch die deutschnationalen Presse schweigt! Indessen haben die Großdeutschen in Oesterreich ihre Seele bereits an Seipel verschrieben und tun bei der Herabwürdigung Oesterreichs zu einer Kolonie der Ententemächte eifrig mit.

Die Erklärung des Widerpruches, der in der Haltung der Deutschnationalen von heute und damals liegt, ist nicht schwer zu finden. Daß Oesterreich und sein Parlament rechtslos gemacht werden sollen, ist ihnen so sympathisch, daß sie darob auch an den nationalen Gedanken des Anschlusses an Deutschland vergeffen. Denn sie erwarten davon eine Schwächung des Einflusses der Arbeiterklasse in Oesterreich. Um diesen Preis ist ihnen auch der Gedanke des Anschlusses feil. Darum herrscht rings um deutschnationalen Blätterwald tiefes Schweigen und darum stellen sich die Großdeutschen so begeistert an die Seite des klerikalen Hochverrätters Seipel.

Aber dieses Schweigen ist sehr berecht. Auch der letzte deutsche Arbeiter wird es hören und es wird ihm eindringlicher als alles sagen, daß den Deutschnationalen alle nationalen Ideale einen Pfifferling gelten, wenn sie dafür ihren Haß an der Arbeiterklasse austoben und eine Erfüllung ihres Klassenegoismus eintauschen können.

Die Reform der Landesschulräte. Unter diesem Titel veröffentlichte das „Pravý Lid“ dieser Tage folgende Notiz: „Auf unserem Redaktions-tisch liegt eine Beschwerde über die unzumutbaren Zustände, welche in der Zentralverwaltung des tschechischen Landesschulrates herrschen. Es ist deshalb selbstverständlich, daß wir die Mitteilung begrüßen, daß das Werk, das heuer im Herbst begonnen wurde, als das Ministerium für Schulwesen die Erneuerung der Regierungsverordnung über die Auflösung der Landesschulräte und die Errichtung von Landesschulrätsausschüssen vorlegte, endlich vollendet werden soll. Diese Erneuerung beinhaltet zwei Sektionen, eine tschechische und eine deutsche. Der Ministerrat, der Ende März in dieser Angelegenheit verhandelte, sprach sich für die Auflösung der Sektionen aus und stimmte hierin mit dem Antrage des Landesschulrates in Prag und Brünn überein. Wie bekannt, hat die nationaldemokratische Partei sich gegen das Bestehen der bisherigen nationalen Sektionen ausgesprochen, während unsere Partei mit derselben Entscheidung sich für die Beibehaltung der Sektionen aussprach. Die Sache wurde vertagt. Nun will man diese Frage auf irgend eine Weise lösen. Die sechsjährige Funktionsdauer ist für viele Mitglieder bereits längst verstrichen, eine Anzahl von Mitgliedern starb oder verlor ihre Funktionen durch den Verlust des Staatsbürgerrechtes (Zahlesien). In Zahlesien führt die Schulangelegenheiten nur der Präsidialrat der politischen Landesverwaltung. Die Regierung wird sich jetzt für eine von nachstehenden Eventualitäten entscheiden müssen: 1. Die bisherigen Landesschulräte werden aufgelöst und werden ersetzt durch neue Gremialämter wie die zukünftigen Gauschulräte. Dabei würde das Gremium ent-

weder nur Plenarversammlungen abhalten — die Nationalsektionen würden entfallen — oder neben den Plenarversammlungen würden Sitzungen der deutschen und tschechischen Sektionen mit der bisherigen Kompetenz stattfinden, das heißt, die nationalen Sektionen würden bestehen bleiben.

2. Die bisherigen Landesschulräte werden aufgelöst und ersetzt durch Landeschulämter, die auf dem bürokratischen Prinzip organisiert werden, wie es zum Beispiel die politischen Landesverwaltungen sind. Diese Einrichtung könnte ergänzt werden durch Beratungsabteilungen, in denen die Vertreter der Lehrerschaft des Landes (der Stadt Prag) und der Bevölkerung vertreten wären. Diese Beratungsabteilung würde durch den Chef des Landeschulrates einberufen werden und könnte entweder nur Plenarversammlungen oder solche in nationalen Sektionen abhalten.

3. Die bisherigen Landeschulräte werden nicht aufgelöst, sondern die bisherigen Gremien lösen sich auf und man schafft neue Gremien nach den bisherigen Landesschulräten, wobei die bisherigen Vorschriften über die Bildung und Amtstätigkeit in Gültigkeit bleiben würden. — Es wäre nur zu wünschen, daß das Schulministerium selbst darauf dringt, daß der Ministerrat sich für irgend eine Eventualität entscheide und so vorübergehend bis zur Aufrichtung der Gremien den bisherigen Stand beibehalte.“ Wir pflichten selbstverständlich allen jenen Vorschlägen vollinhaltlich bei, welche von einer Beibehaltung der bisherigen nationalen Sektionierung in der oder jener Form sprechen. Aber ebenso selbstverständlich ist eine Forderung, die besonders hervorgehoben werden muß, da sie nirgendwo ausdrücklich ausgesprochen wird. Wenn nämlich z. B. von Beratungsabteilungen die Rede ist, in denen die Lehrerschaft des Landes und die Bevölkerung vertreten sein soll, so erachten wir es für notwendig, daß der Begriff „Bevölkerung“ nicht etwa ausschließlich als der der Bourgeoisie gedeutet wird, sondern daß vor allem darunter die Arbeiterschaft zu verstehen ist. Denn diese hat als die Majorität der Bevölkerung, zumal sie bis jetzt von den Fragen der inneren und äußeren Gestaltung der Schule ausgeschlossen ist, doppelt und dreifach das Recht, ihre Stimme mit vollem Gewicht der Bedeutung, die ihr zukommt, in den Beratungen über das Schulwesen zur Geltung zu bringen.

Der Parlamentkalender für den Oktober. Nach einer Meldung der „Narodni Listy“ wurden folgende Dispositionen für den Parlamentskalender getroffen: Das Präsidium des Abgeordnetenhauses wird am 18. d. M. um halb zwei Uhr nachmittags zusammenzutreten, um den Vortag während der Eröffnungssitzung festzustellen. An ebendenselben Tage um drei Uhr nachmittags wird eine gemeinsame Beratung der Präsidien beider Häuser stattfinden. Am 23. dieses Monats soll wiederum eine Konferenz des Präsidiums des Abgeordnetenhauses, am 24. um 10 Uhr vormittags eine Konferenz der Präsidien aller Klubs des Abgeordnetenhauses stattfinden. Um 11 Uhr vormittags findet eine Plenarsitzung statt, in welcher Ministerpräsident Švebha die Regierungserklärung abgeben wird. Hierauf wird der Finanzminister Dr. Rašín das Budget und das Finanzpostulat vorlegen. Um zwei Uhr nachmittags tritt das Plenum des Senates zusammen, um die Regierungserklärung zu vernehmen. Es besteht die Absicht, noch an denselben Tage nach der Senatssession eine zweite Sitzung des Abgeordnetenhauses abzuhalten, in welcher die Debatte über die Regierungserklärung eröffnet werden soll. Die Fortsetzung der Debatte soll auch am Mittwoch, Donnerstag und am Freitag erfolgen.

Aus dem Klub der Abgeordneten und Senatoren der deutschen Sozialdemokraten. Am Dienstag, den 17. Oktober um 2 Uhr nachmittags findet im Sitzungszimmer des Klubs der Abgeordneten in Prag, Rudolfinum, eine Sitzung der volkswirtschaftlichen, sozialpolitischen und Finanzsachgruppe statt. Die Mitglie-

der dieser Sachgruppen und die besonders eingeladenen Vertreter werden um bestimmte Teilnahme erjudt.

Das Budget soll nicht, wie mehrere Blätter gemeldet haben, 24 Milliarden betragen. Das „České Slovo“ erklärt, seinen Informationen gemäß sei das Budget mit 21 Milliarden 36 Millionen Kronen belastet.

Švebha verspricht alles. Vorgeföhren sprachen die sozialdemokratischen Abgeordneten Němec, Dr. Meisner und Ašker beim Ministerpräsidenten Švebha vor und forderten im Namen des Abgeordnetenklubs der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei die baldige Einberufung der Nationalversammlung und die Beschleunigung der notwendigen Maßnahmen zur Lösung der Wirtschaftskrise, insbesondere die Unterbreitung des Gesebes über die Herabsetzung, eventuelle Aufhebung der Kohlen- und Kokssteuer. Der Ministerpräsident versicherte den Erschienenen, daß das Parlament spätestens am 24. Oktober einberufen werden wird. Was die Maßnahmen und Vorbereitungen der Regierung für die Lösung der heutigen kritischen Situation betrifft, so erklärte der Ministerpräsident, daß der Ministerrat sich noch diese Woche mit diesen Fragen befassen und gleichzeitig auch über den Gesetzentwurf, betreffend die Kohlen- und Kokssteuer, in Sinne der vorgebrachten Forderungen Beschluß fassen werde.

### Ausland.

#### Die Moskauer an die Serratianer.

Raum haben die Serratianer den Befehl der Moskauer Diktatoren ausgeführt und die sozialistische Partei gespalten, als sie schon den Dank vom Hause Moskaus und weitere Anweisungen für ihr ferneres Verhalten bekommen. Danach ist die Aufgabe der wiederbekehrten Moskaujünger, „in kürzester Frist alle revolutionären Kräfte zu vereinen und einen Block des Proletariats zum Kampfe gegen den reformistisch-faschistischen Block zu bilden.“ In der Zusammenfassung reformistisch-faschistischen Block drückt sich die nichtswürdige Verlogenheit der Moskauer draus; denn das, was sie selbst sind, Faschisten, das hängen sie ändern an. Ihre Taktik, mit Gewalt, Terror und Zerstörung vorzugehen, ist die der Faschisten, und sie ist in der Tat entstanden aus den Kämpfen, die Moskaujünger in Italien in den Jahren 1919 und 1920 geübt haben. Die Anweisung für die neue Betätigung ist so lehrreich, daß wir sie wörtlich anführen wollen:

1. Wählt eine Delegation Eures Parteitages und sendet sie Ende Oktober nach Moskau zum 4. Weltkongreß der Kommunisten. Diese Delegation wird volle Gelegenheit erhalten, Euren Standpunkt vor der Internationale zu vertreten und die Meinung der kommunistischen Internationale über die Fragen zu hören, die von größtem Interesse für die italienische Arbeiterbewegung sind;

2. müßt Ihr die Notwendigkeit erkennen, in kürzester Frist ein gemeinsames Aktionskomitee mit der kommunistischen Partei Italiens zu schaffen, die gegenwärtig in Italien die einzige Vertreterin der kommunistischen Internationale ist. Dieses Aktionskomitee muß bestehen, trotz der tiefschmerzlichen, immer noch existierenden Meinungsverschiedenheiten einen gemeinsamen Kampf in den Gewerkschaften und auf politischem Gebiet zu organisieren, einen gemeinsamen Kampf gegen die Bourgeoisie und gegen die Reformisten. Dies wird das beste Mittel sein, um die Einigung aller wirklich revolutionären Kräfte in Italien vorzubereiten.

Nicht als gleichberechtigtes, mitbestimmendes Mitglied werden die Parteilipster in die Moskauer „Internationale“ aufgenommen, sondern sie haben als Bittsteller zu erscheinen, die ihre Wünsche vortragen dürfen, dann aber Befehle entgegenzunehmen haben, oder wie es in der Vorklage schon heißt: „Die Meinung der kommunistischen Internationale über Fragen zu hören, die von größtem Interesse für die italienische Arbeiterbewegung sind.“ Diesen Hohn haben die Serratianer reichlich verdient. In Moskau weiß man besser, was der italienischen Arbeiterbewegung kommt als in Italien, deshalb die teuflische Anweisung auf Zerstörung der Organisationen. Nach all den bitteren Lehren, die die Moskauer Zerstörungswut der internationalen Arbeiterschaft gegeben hat und die doch auch in Italien bekannt sind, sollte man meinen, daß keine Organisation auf die Moskauer Schwindeln mehr hineinfiele. Lenin und seine Leute kennen aber die Italiener zu gut, um nicht zu wissen, was sie ihnen bieten können. Wie wäre es denn sonst möglich, daß sie ihnen im zweiten Abak die Spaltung und Zerstörung der Gewerkschaften offen anempfehlen könnten? Für die Faschisten kommen gute Tage, die italienischen Moskauer werden ihnen in die Hände arbeiten und die italienische Arbeiterschaft wird dann auf lange Zeit hinaus zu völliger politischer Lähmung verurteilt sein.

#### Die Tragödie des georgischen Volkes

In zunehmendem Maße gelangen Nachrichten nach Westeuropa, daß in verschiedenen Teilen Georgiens das Volk sich gegen die sowjetrussischen Eroberer und Bedrücker erhebt. Die sogenannte „Sowjetrepublik Georgien“, die nichts weiter ist, als eine Filiale Moskaus, wird nur durch Anwendung der furchterlichsten Unterdrückungsmaßnahmen gegen das georgische Volk aufrechterhalten. Tausende von Arbeitern und Bauern schmachten in den Gefängnissen, hunderte alte erprobte Kämpfer werden deportiert und in den Verbannungsorten dem Hungerstich preisgegeben; das Land wird von den russischen Kommissionen wie eine eroberte

# Gerichtssaal.

(Prager Landesgericht.)

## Nach dem 23. Glas Bier . . .

Die Zeugen bestätigten es einmütig, daß Alois Penk bereits 23 Glas Bier hinter die Binde gesteckt hatte, als er am 6. August das Gasthaus „Blauer Stern“ in Prag-Petrowitz verließ, um sich mit seinen Anheimpfanden auf den Heimweg zu begeben. Er besand sich natürlich in der besten Stimmung, da der Alkohol für das Geld, das er kostete, ja doch etwas leisten muß, wenn der von ihm Vorgesagte es auch nicht merkt, daß ihm stets Unheil droht. Das Unheil ließ nicht lange auf sich warten: Ein Automobil kam des Weges. Die schrille Stimme seiner Guppe regte den Penk auf, er verlangte von dem neben ihm gehenden Drvoslop die Flasche, die dieser in der Hand trug und warf sie dem Auto nach. Zum Glück ging der Wurf fehl, der Kraftwagenlenker fuhr flüchtig weiter. Als die betrunkenen Gesellschaft die Straße zum „Weißen Berg“ hinaufmarschierte, raste vom Berge ein zweites Auto heran, in dem sich, wie später festgestellt wurde, der Ministerpräsident Venes befand. Penk kramte rasch einen Stein vom Boden auf und — trifft diesmal den Vorderteil des bereits langsam fahrenden Wagens. Die Kampagne des Penk, die sich der gefährlichen Situation bewußt werden, nehmen Reihens, Penk selbst wird sichergestellt und angezeigt. — Vor dem Senate unter Vorsitz des OLG. Stephan verteidigte sich Penk mit seiner Volltunfahigkeit. Er habe nicht mehr gewußt, was er tat und seine Kameraden hätten nicht so viel Einsicht besessen, ihn von seinem Tun abzuhalten. Doch in dem nächsten kalten Gerichtssaal wird nicht der Alkohol, sondern nur sein unglückliches Opfer abgeurteilt. „Fünf Monate Gefängnis wegen öffentlicher Gewalttätigkeit“ lautet das Urteil. Und wie der Mann, dem die Strafe unbedingt zugemessen wird, obwohl er nicht vorbestraft ist, mit einmütigen Ausschrei auf der Anklagebank zusammenbricht, da ist es, als grinste höhnisch der Geist Alkohol aus den dunklen Zimmerdecken zu dem vernichteten Menschen auf der Anklagebank hin; denn ihm kann der Richter doch nichts anhaben . . .

## Schwer bezahlte Fußballbegeisterung.

Am 7. März — es war ein schöner, warmer Vorfrühlingstag — wurde auf dem Platze vor der Irenanstalt in Bohnitz Fußball gespielt. Denn da die Zeit heran kam, in der sich wieder allsonntäglich die Fußballplätze auf dem Belvedere in Prag mit einer begeisterten Zuschauermenge füllten, so spürte auch der junge Stanislaus Schießl das Fußballfever in den Gliedern, er nahm den Ball aus dem Schranke, wo er über dem Winter in Vergessenheit geraten war und bald hatte der fröhliche Jura der Fußballspieler von den Mauern der Irenanstalt wieder, bis — der Güter des Gesetzes, in diesem Falle der Anstaltsausführer und Portier Landgraf aus dem Tore herauskam und den Fußball kurzerhand mit Beschlag belegte. Der Fußballspieler bemächtigte sich eine große Aufregung, Schießl stürzte auf den Anführer zu und verlangte von ihm den Ball. „ . . . Sonst erschieß oder erwürg' ich Dich!“, klang es dabei drohend von seinen Lippen. Landgraf ließ sich jedoch nicht einschüchtern und erklärte, daß es seine Pflicht sei, hier auf Ordnung zu sehen. Und prompt gab ihm Schießl, jedenfalls ohne sich der Tragweite seiner Antwort bewußt zu sein, zurüd: „Auf Deine Pflicht . . . ich!“, worauf Landgraf seelenruhig bemerkte: „Das kann ich nicht zugeben! Ich bin eine Amtsperson!“ Das Gelächter soll damals großartig gewesen sein, ob dieser famosen Antwort des gefährlichen Schutzeinges. Doch Schießl hatte später nichts mehr zu lachen, man zitierte ihn vor den Richter, der ihn wegen öffentlicher Gewalttätigkeit und Beleidigung eines seiner Pflicht versehenen Amtsgenossen zu einem Monat bedingten Gefängnis verurteilte. Schießl soll nach dem Urteil ganz kleinlaut erklärt haben: „Von heute an spiel' ich nur mehr Wasserball. In der Moldau gibts wenigstens keine . . .“

# Erste Friedensworte in Frankreich.

## Ein Angriff auf Poincaré in der Kammer.

Paris, 12. Oktober (Wolff). In der Kammerdebatte über Poincarés Außenpolitik warf der Abgeordnete Favre Poincaré vor, daß er nichts getan habe, um das Land auf den Friedensweg zu führen. In der Reparationsfrage beschuldigte er Poincaré, das hauptsächlich um des Nebensächlichen willen vernachlässigt zu haben. Der Ministerpräsident habe zwar erklärt, er werde alles tun, um die Ausführung des Versailler Vertrages sicherzustellen, aber was habe er praktisch erledigt? Durch welche Mittel wolle man Deutschland dahin führen, die 150 Milliarden Goldmark zu bezahlen, die es schulde? Das Sachlieferungsaßkommen dagegen sei ein Weg zu Realisierung. — Abgeordneter Baronne (Sozialist) bemerkt, hinsichtlich der deutschen Schuld habe Poincaré der Mehrheit der Kammer zu versichern gegeben, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands begrenzt sei. Das hätte man aber schon vor sechs Monaten sagen müssen.

Kontinierend erklärt Favre, das einzige Mittel, zur Regelung der Reparationsfrage zu gelangen, sei in einer vernünftigen Herabsetzung der deutschen Schuld zu suchen. Man habe behauptet, daß Frankreich seine Forderungen nicht herabschneiden könne, wenn England und Amerika nicht das Gleiche in bezug auf ihre Forderungen täten. Er habe die Überzeugung, daß Amerika und selbst England bereit seien, die Höhe ihrer Forderungen herabzusetzen. Milliarden Goldmark könne man von Deutschland nur erreichen durch Anleihen, die Deutschland auf dem angelsächsischen und einem neutralen Marke abschleife. Er sei notwendig, die Wiederherstellung Deutschlands zu begünstigen, um die Zahlungen an Frankreich sicherzustellen und um den Frieden in Europa zu fördern. Auf den Zwischenruf Daudets, daß mit dem Reichtum Deutschland auch sein Heer wiederherstellen werde, entgegnet Favre: Nein, was die Stärke Deutschlands ausmacht, das ist nicht sein Geld, sondern die Macht der Arbeit seiner Arbeiter. Es wäre ein Verbrechen, für das es keine Sühne gäbe, wenn man nicht dem Frieden zuliebe Opfer an Geld und eigenem Leben brächte. Um den endgültigen Frieden sicherzustellen, müsse man eine Politik der Angleichung mit England und der Annäherung an Deutschland wälen. Poincaré habe anscheinend sagen wollen, daß Clemenceau, Millerand und Briand England nicht haben die Spitze bieten können und daß er ihnen zeigen werde, wie man zu verhandeln habe. Er

habe einen scharfen Ton angeschlagen und alle Probleme aufgeworfen, ohne auch nur ein einziges zu lösen. Gegen den Vorwurf Favres, Poincaré könnte vielleicht als Kapellmeister einer Presse angesehen werden, die gegen fremde alliierte Regierungen in der unhöflichsten Weise vorgehe, verwahrt sich Poincaré. Favre erwidert, er sage nicht an, er weise nur auf eine Gefahr hin. Er wisse ganz genau, daß ein Regierungschef große Zeitungen zur Mäßigung anhalten könne. Poincaré ruft mit Lebhaftigkeit, daß die Klagen Favres lächerlich seien. Ich bedauere die Vorwürfe der Blätter gegen die fremden Regierungen. Wenn es an mir gelegen hätte, wären sie niemals erfolgt. Favre erwidert: Sie haben dem Direktor einer großen Zeitung, die eine derartige Kampagne gegen England führt, einen wichtigen Posten im Völkerbunde gegeben. Poincaré erwidert: Rouvenel ist von der französischen und der englischen Regierung wegen seiner Haltung in Genf beglückwünscht worden.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede erklärt Favre, es sei gefährlich, wenn man sich nicht Deutschland annähere. Abgeordneter Daudet behauptet dagegen, man würde sich in diesem Falle der Gefahr aussetzen, den Krieg herbeizuführen, da Ludendorff in seiner letzten Rede erklärt habe, der Geisteszustand seines Landes fordere die Revanche. Man müsse Deutschland nicht vernichten, das sei nicht nötig, aber man müsse es zerschneiden. (1) Favre empfiehlt eine Politik der Klugheit und Mäßigung. Jede andere Politik würde unvermeidlich in einigen Jahren zu einem neuen Kriege führen. Eine große Strömung im Lande sei gegen diese Politik der Abenteuer gerichtet. Das ganze Land werde sich erheben, um dem Staatsmanne Beifall zu klatschen, der die Politik der Klugheit, Mäßigung und Toleranz in die Praxis umsetze, die es verlangt.

Hierauf interpellierte der sozialistische Abgeordnete Lohet über den Achtsundentag. Als ehemaliger Gewerkschaftssekretär der Eisenbahner besprach er das Dekret des Ministeriums für öffentliche Angelegenheiten über die neue Regelung der Arbeitszeit für die Eisenbahnangestellten. Nach seiner Rede, die schließlich zu einer Zwiesprache mit dem Minister wird, der sein Dekret über den Achtsundentag verteidigte, wird die weitere Debatte auf Freitag, vertagt.

## Das gemütliche Bankrot.

Was für eine Aufregung gab es in der Leisentlichkeit, als feinerzeit ruckbar wurde, daß in der Strafanstalt Bankrot bei Prag nicht alles mit rechten Dingen zugebe. Eine Reihe von Gefängnisangestellten wurde verhaftet und die schouerslichsten Dinge machten damals die Kunde durch alle Zeitungen. Daß diese Geschichten und Geschichten nicht aus der Luft gegriffen waren, beweist neuerdings eine Verhandlung, die gestern gegen acht Bankrotter Gefängnisangestellter vor dem Landesgericht stattfand. Angeklagt waren die Aufseher: Anton Vitzelel, Karl Saibl, Rudolf Holaj, Franz Burian, Jaroslav Subrt, Peter Danylo, Vasil Prociak und Ferdinand Popkivil wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt, Vitzelel außerdem noch wegen Veruntreuung von 962 K und wegen Betrugs, Burian gleichfalls wegen Veruntreuung. Aus der Anklageschrift ist ersichtlich: Am 17. August kam nach Bankrot ein gewisser Erwin Rindler als Häftling und wurde hier zu Konzeilarbeiten verwendet. Der Gefängnisangestellter Saibl, mit dem er bekannt wurde, verschaffte ihm ohne Bewilligung Unterredungen mit seiner Mutter; Saibl bewerkstelligte auch einen

Briefverkehr zwischen Rindler und dem Häftling Stasung. Rindler gab dem Saibl für diese Hilfestellungen 20 K und manchmal sogar 50 K. Auch der Angeklagte Holaj arrangierte verbotene Besuche, während Vitzelel dem Rindler Lebensmittel verschaffte, indem er die Lebensmittelpakete auf seine Adresse kommen ließ. Der Angeklagte Subrt hat sich von Rindler 250 K, Burian 20 K ausbezahlt. Ein anderer Aufseher, pumpie sich beim Rindler — der anscheinend eine Art „Kroßus im Sträftlingsgewande“ war — 100 K aus. Durch die Angeklagten Dnylo und Popkivil wurden Damenbesuche in die Anstalt gelassen, sobald die Sträftlinge dort sicherlich „gut ausgehoben“ waren. Vitzelel hat nebenbei noch Geldsummen, die in der Kasse für Sträftlinge deponiert waren, veruntreut, der Angeklagte Subrt bediente sich aus den Lebervorräten der Anstalt und Burian nahm gelegentlich einmal eine Miforloische mit. Brächtige Zustände für eine Strafanstalt! — Bei der Verhandlung jagte der Zeuge Rindler befallend für die Angeklagten aus, indem er alle Angaben bestätigte, die in der Anklageschrift angeführt wurden. Die Verhandlung mußte schließlich auf Samstag vertagt werden, um neue Zeugen vorzusellen.

# Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

## Verbandsstag der Holzarbeiter.

Heute tritt in Reichenberg der zweite ordentliche Verbandsstag des Verbandes der Holzarbeiter zusammen. Der Verband wurde, wie die meisten unserer Gewerkschaften, im Jahre 1919 auf einer Landeskonferenz gegründet, der erste ordentliche Verbandsstag fand im Jahre 1920 statt. Kurz nach dem Umsturz hatte der Verband einen großen Zustrom von Mitgliedern aufzuweisen, die erst in die Gewerkschaft eingetribnet und zu bewußten Gewerkschaftlern erjogen werden mußten, was für einen kleineren Verband keine leichte Arbeit war. Trotz allen Schwierigkeiten, die sich ergaben, gelang es doch, den Verband zu festigen, die Organisation auszubauen. Gegenwärtig leiden freilich alle Branchen, die im Holzarbeiterverband vertreten sind, die Brettsägearbeiter, die Bürsten und Pinselmacher, die Holz-, Horn- und Steinwuldrschleifer, die Holzschuhmacher, Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter, Korbarbeiter, Musikinstrumentenmacher, Tapezierer, Tischler, Vergulder und Bogner, sehr unter den Wirkungen der Wirtschaftskrise. Eine furchtbare Arbeitslosigkeit bis zu 40 Prozent hat diese Branchen ergriffen.

Der Verband zählte am 31. Dezember des vorigen Jahres 3950 Mitglieder in 113 Ortsgruppen. Seine Einnahmen betragen über 600.000 Kronen, die Ausgaben über eine Million Kronen, wozu freilich bemerkt werden muß, daß fast eine halbe Million in den Widerstandsfond überführt wurde. Seit dem 1. Jänner 1921 gibt der Verband auch ein eigenes Fachblatt, der „Holzarbeiter“ heraus.

Auf dem heutigen Verbandsstag wird die Beitragserhöhung und das Unterstützungswesen einen breiten Raum einnehmen. Wie alle anderen Verbände, wird sich auch der Verband der Holzarbeiter auf seiner Tagung mit der Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter System befassen und wohl ähnliche Beschlüsse fassen, wie jüngst die Tagung der Metallarbeiter in Karlsbad. Eine besondere Aufgabe des Holzarbeiterverbandes ist jedoch die Zentralisierung der Streikunterstützung, in welcher Hinsicht noch mancher Mangel zu beheben sind. Weiters will sich der Verband auch intensiv mit der Schulung seiner Mitglieder befassen. Daburd sieht sich auch der Verbandsvorstand veranlaßt, eine entsprechende Beitragserhöhung zu beantragen.

Die Delegierten der Organisationen der Holzarbeiter, die heute in Reichenberg eintreffen, erwarten daher viel Arbeit. Im Interesse der von ihnen vertretenen Arbeiterschaft wünschen wir ihren Beratungen den besten Erfolg.

## Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Berlin	100	1158.00
Wien	100	1162.00
Paris	100	122.00
London	100	550.50
Brüssel	100	353.50
Amsterdam	100	125.75
Frankfurt	100	127.25
Basel	100	223.25
Madrid	100	224.75
Barcelona	100	131.05
Valencia	100	132.55
Sevilla	100	205.00
Porto	100	207.50
Lissabon	100	48.12
Madrid	100	46.62
London	100	003.50
Paris	100	004.50
Brüssel	100	027.00
Amsterdam	100	111.50
Frankfurt	100	121.50

Züricher Schlußkurse (Devisen).

Berlin	100	4072.50
Wien	100	2290.00
Paris	100	621.50
London	100	207.50
Brüssel	100	005.50
Amsterdam	100	000.08

Eine Neuregelung des Devisenhandels an der Prager Börse. Auf der gestrigen Prager Börse wurde praktisch eine Neuregelung des Devisenhandels in der Art durchgeführt, daß für

# Die alte Isergil. (8)

Ergänzung von Maxim Gorkij.

Dort — am Meeresufer lachte ein Mädchen ihr liebes, munteres Lachen, und einer sang in schmelzendem Tenor. Die andern fielen mitunter in seine Weisen ein. Die garte Garbe dieser Laute erhob sich in die Luft, um plötzlich zu verschwinden, als fässe sie jemand im Flügel und flöhe schleunigst mit der lustigen Deute.

„Als die Deute fahen, es sei nichts mehr aus ihm herauszubringen, überlegten sie von neuem, welche Strafe sie ihm auferlegen sollten. Jetzt dauerte jedoch die Überlegung nicht so lange, denn jener Weise, der bisher in die Verhandlung über die Art der Strafe noch nicht eingegriffen hatte, sagte nun: Wartet! — Die Strafe ist ja doch schon da! Eine fürchterliche Strafe ist's. Ihr findet in Jahrtausenden eine entsetzlichere nicht! Seine Strafe ist ihm selbst — von ihm untrennbar, unerbittlich! Laßt ihn frei und er soll weiterleben. — Dies sei seine Strafe!“

Und da geschah das Wunderbare: vom Himmel, der ohne Wolken war, frachte und grölste plötzlich der Donner! — Die himmlischen Arxie bestrahlten des Weisen Spruch! Alle vernichteten sich stumm und gingen auseinander. Er aber — dieser Jüngling, der jetzt schon Larva hieß (Verlassener, Ausgestoßener bedeutet dies), er lachte laut den Deuten nach, die ihn zu strafen meinten, und blieb frei. — Einsam und frei, so wie sein Vater war. Doch war sein Vater ja kein Mensch. — Dieser aber war ein Mensch! Und er begann sein sonderbares Leben — frei wie ein Adler. Ist ersehen er auf dem Gebiete des Stammes und raubte Vieh und Mädchen. Alles, was er

wollte, was er brauchte. Man schoß auf ihn, doch konnten Pfeile seinen Körper nicht durchdringen, da diesen ein für Menschen unsichtbarer Panzer der Vergeltung schützte. Er war gewandt, raubfütig, stark und grausam; er traf die Menschen nur selten von Angesicht zu Angesicht — man sah ihn meistens nur von weitem. Und jeder, der ihn sah, schoß immer soviel Pfeile auf ihn ab, als er grade bei sich hatte, oder soviel, als er verschicken wollte. Und lange Jahre streifte er so, einsam, um die Stätten der Menschen herum, viele lange Jahre hindurch. Der Mensch kann aber unmöglich sein ganzes Leben hindurch ein und dasselbe tun; er kann nicht stets nur genießen, sonst müßte sogar der Gemahl jeden Preis verlieren, und der Mensch müßte Luft bekommen, zu leiden . . . Und einmal trat er nahe zu den Menschen und als sie sich auf ihn stürzen wollten, blieb er unbeweglich stehen und befandete durch nichts die Absicht, sich zu verteidigen. Da fiel es einem von den Menschen ein und er schrie rasch und laut: Nührt ihn nicht an! — Er möchte sterben!

Und alle hielten inne und keiner wollte dessen Los erleichtern, der ihm stets nur „Nies“ tat. Sie hielten inne, umstanden ihn und lachten über ihn. Er aber zitterte bei diesem Lachen und suchte heftig etwas auf seiner Brust, indem er kramföhnt nach ihr griff. Und plötzlich stürzt er auf die Menschen los — mit einem Stein in der erhobenen Hand. Sie aber, seine Schläge meidend, schlugen nicht nach ihm, und als er müde, schmerzlich jammerte auf die Erde sank, umstanden sie ihn wieder, ihn von ferne zu betrachten. Und er stand auf und hob ein Messer von der Erde, das jemandem im Kampfe entfallen war, und ließ sich damit in die Brust; das Messer aber zerbrach, als hätte es einen Stein getroffen. Und

wieder stürzte er zur Erde, und schlug, verzweifelt, sich lange den Kopf daran. Die Erde aber wich vor diesem Kopfe zurück — und es entstand von seinen Stößen nur eine Höhlung im Boden.

Er kann nicht sterben! riefen freudig jene, die von dem allen Zeuge waren. Und sie gingen fort und ließen ihn allein. Er lag auf dem Rücken und sah: hoch oben am Himmel, wie schwarze Punkte anzusehen, schwebten gewaltige Adler. Und er — der Mensch — lag da, und in seinen Menschenaugen war so tiefe Wehmut, so unendlich viel Schmerz zu lesen, daß man damit den Seelenfrieden aller Menschen der Welt hätte vergiften können. Und von dieser Zeit an und bis jetzt sucht er den Tod — immer einsam, immer verzweifelt. Und überall erscheint er und sucht überall . . . da hast gesehen — er ist schon wie ein Säugling und wird so ewig bleiben. Jetzt versteht er weder die Rede, noch die Handlungen der Menschen — er versteht nichts mehr von dem, was Leben ist und der Tod bleibt ihm verschlossen. Er geht und geht . . . und sucht nur immer. Sein Leben ist kein Leben, und die Todeshoffnung lächelt ihm nicht mehr, und keine Stätte hat er bei den Menschen. So wurde eines Menschen Stolz bestraft!

Die Alte senkte auf und schwieg, und ihr Kopf, der auf die Brust gesunken war, nickte mehrmals sonderbar.

Ich blide sie an — die alte Isergil. Mir schien, der Schlaf überwältigte sie, und plötzlich überkam mich ein großes Mitleid mit ihr. Das Ende ihrer Erzählung hatte sie in erhobenem, beinahe drohendem Tone gesprochen, und eine furchtsame, slavisch demütige Note klang dennoch darin.

Vom Meeresufer ertönte Gesang. — Sonderbarer Gesang! Zuerst erklang eine Altstimme

— sie sang die ersten Töne einer Melodie; dann fiel eine andere Stimme ein und begann das Lied für sich, von Anfang an, während die erste Stimme weiter sang, der zweiten um einige Töne voraus. Dann fiel eine dritte, vierte, fünfte Stimme ein, und eine jede begann, ebenso wie die zweite, das Lied von vorne an und sang es für sich weiter. Und plötzlich fiel ein Chor von Männerstimmen ein und sang das Lied, es von Anfang beginnend, die anderen Stimmen unterstützend, hehend, ohne sie zu ertönen. Eine Jüge in der Steppe! — im Volke entstanden, vom Volke gesungen!

Der Klang war sonderbar: eine jede der Frauenstimmen klang hell und deutlich aus dem Anmel der Stimmen heraus. Man hatte den Eindruck, als rannen verschiedenfarbige Bächlein von lustiger Höhe über Felsenabfähe herab, springend, tanzend, klingend, sich in die dichten Wogen der Männerstimmen zu ergießen. Sie strömten hinein, verschwanden darin — tauchten dann wieder lachend und neckend heraus — die eine nach der andern, kristallhell und rein — und schwebten dann frei zur Höhe zurück. Auch die Harmonie war sonderbar; die Männerstimmen hatten einen anderen Rhythmus und sangen einfach, ohne Verzierungen, ohne Vibrationen sogar; etwas dumpf klangen ihre Stimmen, schwermütig — als erzählten sie bedächtigt etwas Trauriges, während die Frauenstimmen, einander beständig überholend, Eile zu haben schienen, dasselbe ihrerseits den Männern zu erzählen, nur mit munteren Glodentönen und mutwilligen Trillern.

Und dieser Gesang überlante das Rauschen des Meeres.

(Fortsetzung folgt.)

die Notierung der Devisen ein offizieller und ein inoffizieller Handel existiert. Der inoffizielle Handel beginnt um halb 12 Uhr vormittags und dauert die ganze Vormittags- und Nachmittagszeit an. Die offizielle Börse beginnt um halb ein Uhr nachmittags und endet um halb zwei Uhr nachmittags. Die Geschäfte können von Banken oder von Firmen abgeschlossen werden, welche zum Devisenhandel berechtigt sind. Infolgedessen existieren zwei Abschlüsse. Die wichtigsten Abschlüsse werden auf Grund der Kauf- und Verkaufsanweisungen gemacht, welche von den Devisen ausgeben werden, die den Anfangs- und den Endkurs melden. Offiziell wird der mittlere Kurs notiert.

Abkommen über die Regelung des Zuckerverkehrs und die Herabsetzung der Zuckerpriese im Inlande. Vom Komitee der tschechoslowakischen Zuckerraffinerien wird dem Tsch. V. B. mitgeteilt: Die tschechoslowakischen Zuckerraffinerien haben am 13. d. ein Abkommen geschlossen, wodurch die gegenseitigen Konkurrenzverhältnisse im inländischen Zuckerverkehr geregelt werden. Das Abkommen tritt am 13. d. in Wirksamkeit. In Böhmen, Mähren und Schlesien ist für jede Eisenbahnstation ein einheitlicher Zuckerpriese festgesetzt. Diese Maßnahme entspricht den Wünschen sowohl des Handels als auch der Verbraucher. Gleichzeitig wurde die notwendige Zuliefermenge zur Versorgung des heimischen Konsums für die Monate Oktober und November laufenden Jahres freigegeben. Der Zuckerpriese beträgt K 400.— per 100 Kg. Basis Kristall, frako Eisenbahnstation. Die prompten Vorräte an Zucker aus neuer Kampagne sind mit Rücksicht darauf, daß die Rübenlieferung an die Zuckerraffinerien sich heuer wegen des ungünstigen Wetters bedeutend verspätet hat, noch unbedeutend, aber anfangs nächster Woche werden bereits weitere Raffinerien im Gange sein, sobald es möglich sein wird, den Konsum in hinreichendem Maße zu versorgen.

Arbeitseinstellung in den Kammuraner Erzgruben. Die Kammuraner Gesellschaft hat auf ihren Erzgruben in der Slowakei nach 14tägiger Kündigung 630 Arbeiter entlassen. Der Stand der Gruben ist durch die Einstellung der Pumpwerke gefährdet.

Der Lohnkonflikt in der Metallindustrie. Am Montag 9 Uhr vormittags tritt in Prag im Verband der Metallindustriellen eine engere Verhandlungskommission, bestehend aus je zwölf Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, zusammen, um über die in Diskussion stehenden Vorschläge im Lohnkonflikt der Metallindustrie zu beraten.

Vom Internationalen Arbeitsamt. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in Genf hat zur Kenntnis genommen, daß die Schweiz die auf der Washingtoner Konferenz angenommenen Konventionen, betreffend die Aussperrung und die Nachtarbeit von Frauen und Kindern, ratifiziert hat. Hieran nahm er Kenntnis davon, daß die Vereinigten Staaten die Absicht haben, an den Arbeiten der binnen kurzem in London zusammentretenden Kommission teilzunehmen.

### Kunst und Wissen.

Die Wiener und die Prager Philharmonie. Die Wiener Korrespondenz „Der Tag“ meldet: Wie verlautet, sind Verhandlungen im Zuge, welche Gastkonzerte des Wiener Symphonieorchesters in Prag und solche der Prager tschechischen Philharmonie in Wien ermöglichen sollen. Im Rahmen dieser Aktion sind zwei Konzerte der Wiener Musiker in Prag geplant und zwei Konzerte des berühmten Prager Orchesters in Wien.

Vortrag Anton Kuh. (Urania.) Bei Kuh's Vorträgen kommt es niemals auf den Titel an. Der ist ihm nur ein Vorwand, um stets einem Ziel zuzusteuern: das Bürgerium zu kompromittieren. So waren auch diesmal die Begriffe: „Alte und neue Reiche“ (richtiger: alte und neue reiche Juden!) nur Ausgangspunkte, um den Kapitalismus der Liberalen und der Nachkriegsperiode zuerst lebendig werden zu lassen und dann desto gründlicher zu erschlagen. Exkursionen in die Sphäre von Karl Kraus, Vernichtung der bourgeois-ererbten Kunst, tschechische Begriffe, Herabsetzung des tschechischen Judentums umrankten, bald mit wichtigen und bald mit tragischen Akzenten das Grund-

thema. Vor allem aber schwebte der Geist Gustav Landauers über den Wassern, doch der Weg Kuh's zur Welt Landauers ist noch sehr weit.

Neues Theater. Heute, Sonntag, neuinstudiert „Die Dogenotti“. — Sonntag vorm., Anfang halb 11 Uhr, 1. philharmonisches Konzert. — Nachmittags Anfang halb 3 Uhr, Gastspiel Richard Kubla „Der Bettelstudent“. — Abend „Die Räuber“.

Kleine Bühne. Heute, Sonntag, haben die nichts zu bezifferten? — Nachvorstellung, Anfang 10 Uhr „Ein Abenteuer in Marokko“. — Sonntag nachmittags „Am Teetisch“. — Abend Gastspiel Leopold Kramet „Bapa“.

### Turnen und Sport.

Vom internationalen aeronautischen Kongreß. Auf dem internationalen aeronautischen Kongreß in Rom wurde beschlossen, die Strecke bei der Schnelligkeits-Rekordversuchen um einen Kilometer auf drei Kilometer zu verlängern. Die Entscheidung betreffend die Aufnahme Deutschlands in die internationale aeronautische Föderation wurde vertagt. Trotzdem wurde aber vereinbart, daß Deutschland zu den internationalen Konkurrenz aller Aeroklubs zugelassen werden könnte, denen aber die diesbezügliche Entscheidung überlassen wird.

Wettspiele in Prag. Heute, Meisterschaft 1. Kl. Slavia gegen A.S. Brno. — Sonntag: Pokal: Kufstein gegen Krasohlav, Čechie Karlin gegen Sparta Oladno, A.S. Brno gegen Čechie Smichow, Viktoria Russe gegen S.R. Oladno, Liben gegen Meier VIII. — K. Sparta gegen Viktoria Zikow. — Der Deutsche Sportverein Troppau spielt Sonntag in Prag gegen die Deutschen Sportbrüder (Meisterschaft). — D.F.C. spielt Sonntag in Prag gegen Viktoria Pilzen.

### Bereinsnachrichten.

Der Zentralverband der Handels- und Industrie-Angestellten veranstaltet am Sonntag, den 15. d. M. um 3 Uhr nachmittags eine Besichtigung der Burg in Prag. Zusammenkunft um halb 3 Uhr beim Haupteingang der Burg, Prag-Grabsch. Regiebeitrag 2 K.

### Mitteilungen aus dem Publikum.

**WASTANKE VEC PRAG**

12 Fotografien um 12 Kč.  
Foto-Studio, PRAG II., Václavské nám. 15.  
1185

Der Erste deutsche Antik- und Bürogelbesenverein veranstaltet am 14. Oktober d. J. in allen Räumen des Handwerkervereins, Smelchlagasse 22, sein vielbeliebtes Beisefest, zu welchem das P. T. Publikum höflichst eingeladen wird. Im großen Saale spielt die altbekannte Pundekapelle, in der Heurigschente das unermüdete Tubelfadquartett aus Tuschau. Anfang: 8 Uhr. Eintritt 15 Kč per Person inkl. Steuer.

Damen als Wingerinnen erwünscht.  
1092 Der Vorstand.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermach.  
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub.  
Für den Druck verantwortlich: O. Holik.



ALSO  
SCHATZ

darüber sind wir uns doch einig: wir trinken nur



MARKE  
TEEKANNE

Durch seine Ergiebigkeit ist er sparsam im Verbrauch u. erfreut Dich durch die Seidenmuster, mit denen Du Handarbeiten für das Preis-schreiben verfertigen kannst

Bitte beachten Sie das Preis-schreiben in einer der nächsten Nummern dieser Zeitschrift!

1115

**Vison**  
MARGARINE

Ein Geheimnis!

### Arbeiter-Jahrbuch 1923

erscheinen Mitte Oktober 1922 im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen Sozialdem. Arbeiterpartei.

Taschenkalender . . . 6 Kronen  
Jahrbuch 1923 . . . 7 Kronen

Bestellungen sind zu richten an das Sekretariat der Deutschen Sozialdem. Arbeiterpartei in Teplitz, Seifertstr. 1.

### Arbeiter-Taschenkalender

115

### Keine Angst

mehr Angst! „Kleinstk“ Silberreinigungsmittel für Damen, das Neueste. Sicherst u. Beste! Vor Bestellung verlangen Sie wegen Größe, Preis u. Anwendung die bezügliche interessante Broschüre Nr. 466 gegen K. 2.— in Bar oder Marken. Versand in verschloß. Anst. ohne Anwesenheit durch „Novitas“, Versandgeschäft Anst. a. d. Elbe.

### Kuh & Kretsch

Likörfabrik  
Teplitz-Schönan.

### Egger & Co.

Prag-Karlin, Královská tr. 14.  
Fabrik pharmaceutischer Zuckerwaren,  
Eggers Milch- und Kaffeekekarmellen,  
Eggers 140er Peppermint 544  
in allen Konsumvereinen erhältlich.

1090

### REMA

die beste  
Speise-Schokolade

besorgt den Konsum-Vereinen die  
G. E. C.

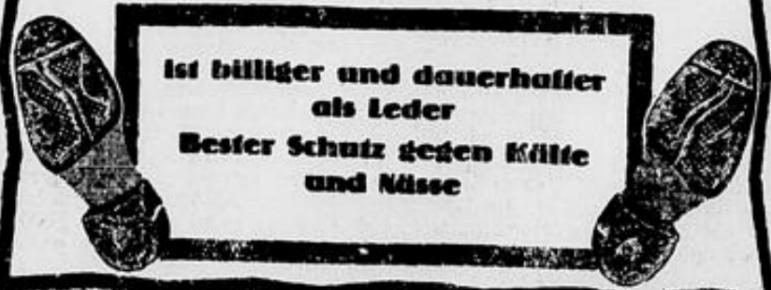
### Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art  
Literatur.

Alle nicht lagernden oder wo immer angefundigten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

### BERSON

GUMMI-ABSATZ UND GUMMI-SOHL



Ist billiger und dauerhafter als Leder  
Bester Schutz gegen Kälte und Nässe

1028